



Presseschau Ungarn vom 09.06.2023

Presseaufmacher

Népszava (Nsz): Laternenwerbungen in Budapest: Regierung setzt Geschäftsmann Garancsi mit Kraft durch – Bürgermeisterin von Budapest-Ferencváros ruft das Verfassungsgericht an

Magyar Nemzet (MN): MP Orbán konsultierte über Krise und Europa (Sitzungen des „Verteidigungsrates“ bzw. Treffen mit Vertretern des Europäischen Rates zur Ratspräsidentschaft)

M1: UKR Gegenoffensive gestartet

RTL: Mai-Inflation: 21,5 Prozent – Lebensmittel kosten 33,5 Prozent mehr als vor einem Jahr

Führende Themen:

- Interesse für TKM Gas – MP Orbán mit vier Ministern in Aschabat - Laut Orbán stünden die Völker von Zentralasien für den Frieden,
- AM Szijjártó in SYR: HUN fördere Renovierung von Schulen, sozialen Einrichtungen und Kirchen in SYR Städten (Mitteilung am Rande der Sitzung der „Globalen Koalition gegen ISIS“),
- Studie von „Policy Solution“: Die Mehrheit der HUN sehe zwar HUNs Platz im Westen, aber immer mehr wollten Annäherung an RUS (26 Prozent) – 87 Prozent für noch engere Beziehungen zu DEU,
- In einem Omnibusgesetz versteckt will Fidesz Jagd für Minderjährige ab 16 genehmigen,
- Inspekteur der HUN Armee schreibt Soldaten Tragen von Waffen während der Arbeitszeit vor,
- Zum Auftakt des Pride-Monates empfangen USA Botschafter Pressman und Ehepartner Repräsentanten der HUN LGBTQI-Gemeinschaft,
- Staatsoper: Kürzlich widerernannter Direktor Ókovács entließ Dirigenten-Chef Kesselyák, einen der Hauptkonkurrenten für die Leitung der Einrichtung,
- Nach zweieinhalb Jahren ging die Inflation im Mai um ein halbes Prozent auf 21,5 Prozent im Vergleich zur Vorjahresperiode zurück,
- Die OECD erwartet ein Stagnieren der HUN Wirtschaft 2023, aber für das nächste Jahr sei ein Wachstum von 2,5 Prozent in Sicht.
- Werbung für Monatskarten? Regierung erhöhte Tarife der Züge und der Linienbusse

Themen mit Deutschland-Bezug

MN berichtet über eine „**Panik bei den DEU Regierungsparteien**“ wegen des Aufstiegs der **AfD** in den Kreis der „Volksparteien“. Die rechte Partei könne sich aufgrund ihrer Umfrageergebnisse um 20 Prozent nunmehr als „Volkspartei“ betrachten. Laut „INSA“ habe die AfD sogar das Potential, eine Unterstützung von 26,5 Prozent zu erwerben, erinnert der Verfasser Ákos Vida.

Außenpolitik

EU-Migrations- und Asylpaket

Der Staatsender M1 („EU MS für verbindliche Quoten“) hebt hervor: Nach der Vorlage der SWE Ratspräsidentschaft würde **jeder zurückgewiesene Asylantragsteller** den MS **22.000 €** kosten. Der Sender zitiert MP Orbán: Brüssel missbrauche seine Macht und wolle mit Gewalt aus HUN ein

Einwanderungsland machen. Laut StS Bence Rétvári würden somit „die illegalen Migranten“ und die Schleuser entscheiden, wer in Europa leben dürfe. M1 hebt hervor: Bei der Abstimmung haben POL und HUN mit Nein gestimmt. In der regierungsnahen MN („Migrantenquote auf der Tagesordnung“) beleuchtet József Horváth vom „Zentrum für Grundrechte“: Die vorgeschlagene **verbindliche Solidarität** würde MOE MS wie HUN, POL oder AUT **übermäßige Lasten** aufbürden. Laut Horváth sei eine „unkontrollierte Umverteilung von Migranten“ mit einer „**Umverteilung der Gefahr der organisierten Kriminalität**“ gleichzusetzen. Horváth sieht die Anerkennung vom **bayrischen IM Herrmann** für den Schutz der EU-Außengrenzen als „eine der immer mehr werdenden Stimmen, die mehr Geld für Grenzschutz forderten. Bei der finanziellen Förderung für Grenzschutzanlagen der MS gehe Brüssel jedoch „selektiv“ vor, so der Vorwurf des Beraters für Sicherheitspolitik. Die regierungskritische Telex.hu meldet dagegen einen „**Umbruch bei der Reform der EU-Flüchtlingspolitik**“, die trotz des Widerstandes von HUN und POL erreicht worden sei. Der Plan könnte EU MS mit EU Außengrenzen wesentlich entlasten.

ATV und 444.hu bringen an prominenter Stelle: Stv. MP Semjén bestätige die Mittelung der RUS orthodoxen Kirche über die **Lieferung von elf HUN-stämmigen UKR Kriegsgefangenen nach HUN**. Semjén sprach über eine „Geste der orthodoxen Kirche für HUN“. Laut 444.hu sei die Entscheidung mit Kiew nicht abgestimmt worden. Möglicher Vermittler könnte der Malteser Hilfsdienst gewesen sein.

HírTV-Interview mit **JuMin Judit Varga**: Die **HUN EU-Ratspräsidentschaft** werde die **Tätigkeit des EP unter die Lupe** nehmen. Korruption von MEPs und Vertretung der Interessen der EU-Bürger würden die wichtigsten Aspekte sein. Varga erklärte die „Frustration“ in der EU wegen HUN gerade mit diesen Intentionen von Budapest.

MN zum Treffen von MP-Orbán und den Ministern der HUN Regierung mit Vertretern des Europäischen Rates: Die Sitzung beweise: Die **Ratspräsidentschaft von HUN könne 2024 nicht verhindert werden**. Das Blatt zitiert MP Orbán(Facebook-Beitrag): Die vorige HUN Leitung der EU habe die Regierung mit den notwendigen Erfahrungen zu einem zweiten Halbjahr an der Spitze der EU bekleidet.

Im Leitartikel von MN reagiert Zsolt Bayer auf die Kritik des **USA Botschafter Pressman**, nach der HUN seine ohnehin engen Beziehungen zu RUS weiter vertiefe. Bayer stellt klar: Budapest pflege **immer enger werdende Beziehungen auch zu den USA**, die VTN, AFG, IRQ, LYB Ex-Jugoslawien angegriffen und in diesen Ländern **Massenmorde begangen hätten**. „Pressman kam als Statthalter und wird auch als solcher in Schande gehen“, so Bayer.

Nsz meldet nach Gesprächen mit Soldaten: Die **Teilnahme an internationalen militärischen Missionen** sei **trotz der Vorfälle der KFOR in KOS attraktiv**, sowohl aus finanziellen Sicht als auch aus der Sicht des beruflichen Werdeganges.

444.hu meldet Kritikpunkte der **Agentur der Europäischen Union für Grundrechte** gegen HUN. Im neuen Jahresbericht werde **HUN** ein „Alleinlassen“ von aus UKR und über die Südgrenze ankommenden Flüchtlingen vorgeworfen. Kritik wird geübt auch wegen Segregieren der Roma-Bevölkerung und wegen des „Pegasus-Skandals“. Als positive Aspekte erwähnt die Agentur kommunale und zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich koordiniert um die Bereitstellung von sicheren und kontrollierten Unterkünften für Flüchtlinge bemühten.

Innenpolitik

Führendes Thema in Nsz: **Unter Hinweis auf den Kriegsnotstand** hat die Regierung den dieses Jahr ablaufenden Vertrag über die **Nutzung von Laternenwerbeflächen** mit der Firma ESMA des regierungsnahen Geschäftsmannes István Garancsi bis Ablauf des Notstandes verlängert. Die „oppositionelle“ Hauptstadt hat die Verwendung der ca. 44.000 Werbeflächen unlängst ausgeschrieben und – mangels anderer Bewerber und in der Hoffnung von mehr Einnahmen - zwei „regierungsnahe“ Sieger verkündet, jedoch hat der Hauptstadtrat die Unterzeichnung der Verträge verhindert, erinnert Nsz. Nsz und 444.hu sehen neben der Bedeutung der Laternenwerbungen als Finanzquellen für Budapest auch als Möglichkeit für **politische Werbungen** für die EP- und Kommunalwahlen 2024.

Kultur und Bildung

RTL meldet **Proteststimmen der unabhängigen Theater:** Sie finden, dass die Entscheidungen des Ministeriums für Kultur und Innovation über die finanziellen Unterstützungen nach „parteilichpolitischen Aspekten“ erfolgt seien.

Soziale Medien

Regierung

- Brüssel stimmt für die „**Zwangsansiedlung**“ von **Migranten**. Wer sich widersetzt, muss zahlen. Ungarn will das nicht.

MP Viktor Orbán

- Brüssel missbraucht seine Macht. Sie wollen **Migranten zwangsweise nach Ungarn** überführen. Das ist inakzeptabel! Sie wollen Ungarn mit Gewalt in ein Einwanderungsland verwandeln.
- Die zentralasiatischen Länder sind friedensorientiert und bilden eine Brücke zwischen Ost und West. Aus diesem Grund sind wir heute nach **Turkmenistan** gekommen.

AM Péter Szijjártó

- Heute findet ein Gipfeltreffen zwischen zwei Ländern statt, die mit Stolz ihre nationale Souveränität verteidigen und für den Frieden eintreten.
Wie Ungarn weiß auch **Turkmenistan**, dass ein Konflikt zwischen Ost und West zu nichts Gutem führen wird. Heute werden wir weiterhin die Stimme des globalen Friedens verstärken.

StPin Katalin Novák

- If we give up on a pro-family response to demographic challenges, to population decline, we may have to give up on a European future.

A pro-family policy makes sense, it is economically beneficial and it is also the key to building a European future.

At the **25th Swiss Economic Forum**, to 1,300 business people, I presented the last decade of Hungarian family policy as an example of how to combat population decline in Europe.

Thank you to the organisers for the invitation!

Jumin Judit Varga

- It is unique in the history of the European Union that the same government holds the EU presidency in both 2011 and 2024, 12 years apart. HUEU
The Ministry of Justice has been working actively and intensively for a year to prepare Hungary's presidency of the Council of the European Union in the second half of 2024. During the preparation period, we organise informative lectures for the ministers and state secretaries who will chair the councils during the presidency, and today's programme, organised jointly with the General Secretariat of the Council, was an important step in this process.

Partei der Demokratischen Koalition

- Wir haben begonnen, **Unterschriften gegen die Orbán-Inflation** zu sammeln, wir sind an mehr als tausend Orten im ganzen Land auf der Straße!
Wir bringen allen die Wahrheit nahe: Es sind nicht die Sanktionen, es ist nicht Brüssel, es ist nur Viktor Orbán, der für die Orbán-Inflation verantwortlich ist, die die Ungarn trifft!